

EUROPÄISCHER ETHIKRAT

(EUROPEAN GROUP ON ETHICS IN SCIENCE AND NEW TECHNOLOGIES)

Erklärung

über

die Europäische Solidarität und den Schutz der Grundrechte während der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie stellt die Gesellschaften in Europa und weltweit vor große Herausforderungen. Viele Menschen haben bereits ihr Leben verloren, und viele weitere fürchten um ihre eigene Gesundheit und die ihrer Angehörigen. Darüber hinaus haben viele aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie ihre Arbeitsplätze und ihre Existenzgrundlage verloren, und die Situation beeinträchtigt mittlerweile auch das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit der Menschen. Die Notlage im Bereich der öffentlichen Gesundheit wird sich auf eine ganze Generation auswirken.

Solidarisches Handeln, das wir tagtäglich in unseren Stadtvierteln, Städten und Ländern in ganz Europa erleben, gibt Anlass zu Hoffnung. Junge Menschen helfen ihren älteren Nachbarn mit Besorgungen, Menschen helfen Fremden, und gemeinsam tun wir unsere Wertschätzung den medizinischen Fachkräften kund, die von dieser Pandemie ganz besonders stark betroffen sind, da sie sich um die vielen Patienten kümmern müssen. Einzelne Personen sowie öffentliche und private Organisationen aus ganz verschiedenen Bereichen bieten ihr Fachwissen und ihre Kapazitäten an, um diese Pandemie zu überwinden. Gleichzeitig ist es jedoch bedauerlich, wenn wir feststellen müssen, dass Menschen an nationalen Grenzen festsitzen, Politiker die Not von Flüchtlingen gegen das Leid der Menschen in Europa ausspielen und die Mitgliedstaaten nur gelegentlich zum Wohle aller zusammenarbeiten.

Solidarität wird jedoch zu einem leeren Begriff, wenn wir sie nur auf diejenigen anwenden, die uns sehr ähnlich sind, und wenn sie mit Bedingungen und Verhandlungen verknüpft wird. Am stärksten und sinnvollsten ist sie, wenn sie sich vorbehaltlos auch auf Personen erstreckt, die nicht so sind wie wir. In dieser schwierigen Zeit ist es wichtiger denn je, eine Form der Solidarität aufrechtzuerhalten, die alle einbezieht und in der anerkannt wird, dass Respekt für alle gilt und nicht nur für diejenigen, die in unserer eigenen Stadt oder Region oder unserem Land leben.

Solidarität mit denjenigen, die am stärksten betroffen sind

Nicht alle sind gleichermaßen von der Pandemie betroffen. Einige haben Zugang zu notfallmedizinischer Versorgung, andere nicht. Manche verbringen ihre Quarantäne in komfortablen Häusern mit Gärten, während andere in kleinen Wohnungen oder, noch schlimmer, in Slums oder

Flüchtlingslagern zusammengepfercht sind. Wir müssen die erheblichen Ungleichgewichte wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen sowohl während als auch nach der Pandemie als solche erkennen und angehen. Das heißt auch, dass die Folgewirkungen der jetzt ergriffenen Maßnahmen berücksichtigt werden müssen – von der wirtschaftlichen Rezession bis hin zu einer Zunahme von häuslicher Gewalt, Kindesmissbrauch und Selbsttötung. Dies wiederum bedeutet, dass Sofortmaßnahmen wie finanzielle und psychosoziale Unterstützung von entscheidender Bedeutung sind. Alle Strategien und Maßnahmen müssen stets auf dem Grundgedanken der Gleichwertigkeit aller Menschen, begründet in einer allen gemeinsamen Menschenwürde, beruhen.

Es sei darauf hingewiesen, dass durch die der öffentlichen Gesundheit zuliebe ergriffenen restriktiven Maßnahmen viele, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, schlechter bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Wie der Europäische Ethikrat (European Group on Ethics in Science and New Technologies, EGE) in seiner Stellungnahme zum Thema „Zukunft der Arbeit, Zukunft der Gesellschaft“ („Future of Work, Future of Society“) (2018)¹ festgestellt hat, muss die Arbeit derjenigen, die wesentliche Dienstleistungen erbringen, etwa die Betreuung unserer Kinder und älterer Menschen, einschließlich der Gesundheitsversorgung, anerkannt und angemessen vergütet werden. Um die tiefe wirtschaftliche Rezession abzufedern, die auf die derzeit als Reaktion auf die Pandemie eingeführten Maßnahmen folgen wird, müssen wir Formen der finanziellen Unterstützung nutzen, welche die von der EU nach der Finanzkrise von 2008 eingeführten Instrumente bieten – und diese möglicherweise noch ausweiten.

Vertrauen und Transparenz

Diese Pandemie sollte genutzt werden – nicht als günstige Gelegenheit, sondern als Mahnung, die Solidarität auf europäischer und globaler Ebene zu fördern. Dies muss sich in konkreten Maßnahmen wie der ehrlichen gemeinsamen Nutzung und Bündelung von Informationen, Erfahrungen, Innovationen und Ressourcen niederschlagen. Wir stimmen denjenigen zu, die die Regierungen und ihre wissenschaftlichen Berater auffordern, die Gründe für ihre Entscheidungen transparent zu machen, offene Wissenschaft und Forschung zu stärken und international zusammenzuarbeiten. Wenn die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert werden, den Vertretern von Wissenschaft und Politik zu vertrauen und sich an ihre Regeln zu halten, dann ist die Achtung demokratischer Grundsätze, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit wichtiger denn je.

Stärkung unserer Werte

Die Pandemie stellt auch unsere individualistischen, nationalistischen Auffassungen von Sicherheit, Gesundheit und Wohlergehen in Frage. Selbst diejenigen von uns, die sich in anderen Zeiten als autark und stark empfunden haben, sind nun mit ihren Schwachstellen konfrontiert und kommen zu der Einsicht, dass sie von der harten Arbeit und der Unterstützung anderer abhängig sind. Angesichts der derzeitigen tiefen Unsicherheit ist es natürlich, sich auf rasch wirkende Sofortmaßnahmen zu konzentrieren. Dies darf jedoch nicht zu einer ständigen Aussetzung von Rechten und Freiheiten führen. Wir fordern daher Wachsamkeit in Bezug auf die Notwendigkeit, Eignung und Angemessenheit aller politischen und technologischen Eingriffe, mit denen Grundrechte ausgesetzt werden – auch wenn dies

¹ Future of Work, Future of Society, S. 9: „Ein großer Anteil der heute geleisteten Arbeit, die für das Funktionieren unserer Gesellschaften von entscheidender Bedeutung ist (z. B. Pflegeleistungen), ist unbezahlt und oft in dem Sinne unsichtbar, dass sie bei den Menschen zu Hause stattfindet und von unseren Institutionen nicht anerkannt wird.“, https://ec.europa.eu/info/publications/future-work-future-society_en.

nur vorübergehend geschieht. Die unmittelbaren und dauerhaften Auswirkungen solcher Maßnahmen auf unsere Gesellschaften müssen berücksichtigt werden (insbesondere die Tatsache, dass sie sich unverhältnismäßig stark auf verschiedene Gruppen wie ältere Menschen, Alleinerziehende und gefährdete Kinder auswirken können). Die Aussetzung von Menschenrechten muss – selbst wenn sie im Interesse des Gemeinwohls erfolgt – zeitlich begrenzt sein, und es müssen unbedingt klare und transparente Kriterien für ihre Aussetzung gegeben sein, z. B. in Form von Auslaufklauseln in den Notstandsgesetzen. Die größte Gefahr – während und nach dem Ende eines formellen „Ausnahmestands“ – besteht in einer „neuen Normalität“ ausgehöhlter Rechte und Freiheiten. Eine gute Führung in Krisenzeiten bedeutet Schutz und Förderung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Forschung und Innovation

COVID-19 hat die Wissenschaftswelt in einer Größenordnung sowie mit einem nie gekannten schwerpunktmäßigen Einsatz zusammengeführt. Praktiken der offenen Wissenschaft und freien Verfügbarkeit von Daten kommen nun in hohem Maße dem weltweiten Streben nach Durchbrüchen in der Forschung zugute. Wenn es um COVID-19 geht, öffnen wissenschaftliche Verlage ihre eigentumsrechtlich geschützten Datenbestände, und Zeitschriften und Zeitungen reißen ihre Bezahlschranken ein. Wissenschaft, Technologie und Innovation können, müssen und werden den entscheidenden Unterschied machen.

Was in Wissenschaft und Technologie häufig den Ausschlag gibt, ist die unermüdliche Arbeit an etwas, das zunächst unmöglich und unerreichbar scheint. Unsere Werte, die wir sehr wertschätzen, dienen uns nicht nur als dringend benötigter moralischer Kompass, sondern sie stellen uns auch vor widersprüchliche Verpflichtungen und Anforderungen, die innovative Lösungen anstoßen können, und sie können uns dazu bringen, bisher beispiellose Anstrengungen zu unternehmen. Wir sollten daher gegenüber Argumenten wie dem der „Alternativlosigkeit“ sehr misstrauisch sein. Diese Pandemie hat bereits viele konkrete Beispiele für technologische Innovationen geliefert, die deutlich von der Weigerung zeugen, tragische Entscheidungen bei Engpässen oder eingeschränktem Funktionieren von Geräten als Notwendigkeit hinzunehmen. So wurden beispielsweise innerhalb einer Woche Apps entwickelt, die auf Mobiltelefone heruntergeladen werden können, damit ohne Geo-Lokalisierung oder Ortung auf aktuelle Informationen über die öffentliche Gesundheit zugegriffen werden kann.

Wege aus der Krise

Die Herausforderungen und Folgen der COVID-19-Pandemie betreffen jeden Menschen und jede Region unterschiedlich. Was wir jedoch in Europa und darüber hinaus gemeinsam haben, ist die Tatsache, dass wir durch diese Krise mit unserer eigenen Anfälligkeit und unserer gegenseitigen Abhängigkeit konfrontiert werden. Wir sind stärker, wenn wir die von COVID-19 ausgehende Bedrohung gemeinsam und nicht im Alleingang angehen. In diesem Geiste empfehlen wir Folgendes:

1. Dem Schutz der menschlichen Gesundheit wird im Wertesystem der Europäischen Union eine viel höhere Priorität eingeräumt als wirtschaftlichen Interessen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich gemeinsam für den Schutz der Gesundheit der EU-Bürgerinnen und Bürger einsetzen und dabei helfen, die Integrität der Gesundheitssysteme und anderer öffentlicher Infrastrukturen zu stärken und zu erhalten.

2. Die von vielen Regierungen ergriffenen Maßnahmen zur unmittelbaren finanziellen und anderweitigen Unterstützung von Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaftsunternehmen werden fortgesetzt und verstärkt, und wir schlagen vor, zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung insbesondere der Wohnraumsicherheit in ganz Europa zu ergreifen.
3. Mitgliedstaaten, die über ausreichende Mittel für die Gesundheitsversorgung verfügen, teilen aus Solidarität ihre Ressourcen mit denjenigen, die nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen.
4. Wichtigstes und dringendstes Ziel ist die Rettung von Menschenleben. Beschränkungen von Rechten und Freiheiten (auch solche, die mittels technischer Überwachung durch mobile Geräte bis hin zu Drohnen und Überwachungskameras umgesetzt werden) zur Rettung von Menschenleben in einer Notsituation, müssen aufgehoben und entsprechende Daten müssen vernichtet werden, sobald der Notstand beendet ist oder Eingriffe nicht mehr verhältnismäßig sind. Der Gesundheitsnotstand darf nicht dazu missbraucht werden, Macht an sich zu reißen oder den Schutz von Rechten und Freiheiten dauerhaft auszusetzen.
5. Wenn die Krise überwunden ist, sollten die europäischen Gesellschaften gemeinsam daran arbeiten, die während der COVID-19-Pandemie gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen. Es sollte eine gemeinsame Strategie für den Umgang mit einer Pandemie und ähnlichen Bedrohungen ausgearbeitet und auf europäischer und globaler Ebene umgesetzt werden. Jede derartige Strategie muss nicht nur den Gesundheitsgefahren, sondern auch den Bedrohungen für unsere Demokratien, die individuellen Rechte und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit Rechnung tragen. COVID-19 hat erneut gezeigt, dass die gesellschaftlich und wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Personen am anfälligsten für Seuchen und andere Krankheiten sind.

Wir müssen diese Pandemie durchstehen und danach weiterleben. Wir müssen dieser Situation mit Stärke, Umsicht und Solidarität begegnen – einem sozialen Impfstoff, der mit unserer Suche nach einem COVID-19-Impfstoff einhergeht und von dauerhafter Natur ist. Einem Impfstoff, der für Widerstandsfähigkeit, nachhaltige soziale und wirtschaftliche Solidarität und anhaltende Immunität gegen Gleichgültigkeit sorgt.

—

Diese Erklärung wurde am 26. März 2020 initiiert und am 2. April 2020 herausgegeben.

